

Frankreichs digitaler Wandel: Ausbau des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen

11.03.2021 | Berichterstattung weltweit

Digitale Technologien werden heute bevorzugt beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen genutzt. Die französische Regierung wird im Rahmen ihres Konjunkturprogramms eine Milliarde Euro in die Digitalisierung investieren.

Das Ministerium für den öffentlichen Wandel und den öffentlichen Dienst hat kürzlich seine nationale Strategie für die Digitalisierung des Staates in "400 Tagen" vorgestellt. Das Identifizierungs- und Authentifizierungssystem FranceConnect, Online-Verfahren und die Ausstattung der öffentlichen Dienststellen müssen beschleunigt werden. Die französische Regierung startet außerdem zwei wichtige Projekte: Open Data in Behörden und eine staatliche Cloud, um Frankreichs digitale Souveränität zu gewährleisten.

Am 4. März 2021 stellte die Ministerin für den öffentlichen Wandel und den öffentlichen Dienst, Amélie de Montchalin, die 400-Tage-Agenda zur Beschleunigung der Digitalisierung des Staates vor. Diese richtet sich vor allem an drei Hauptzielgruppen (Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Dienstleistungen, öffentliche Bedienstete, Akteure der Demokratie) und ist um drei Schwerpunktthemen herum aufgebaut:

- die Qualität der öffentlichen digitalen Technologien,
- Offenheit und Transparenz,
- Souveränität und Sicherheit.

Für die Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Dienstleistungen (Anwender und Unternehmen) betreffen die angekündigten Verbesserungen:

- die Vereinfachung der Verwaltungsabläufe,
- den besseren Informationsaustausch zwischen den Verwaltungen,
- den digitalen Zugang für alle, insbesondere für Menschen mit Behinderungen,
- die Einführung von Alternativen zur Digitaltechnik (Telefon, Zähler, usw.),

Für öffentliche Bedienstete kündigte die Ministerin Verbesserungen an:

- bei der Bereitstellung verbesserter digitaler Tools,
- bei der Automatisierung sich wiederholender Aufgaben, um mehr Zeit für den Dienst am Kunden zu gewinnen,
- bei der Förderung der kollaborativen Arbeit und für eine größere Autonomie der Mitarbeiter vor Ort,
- beim Aufbau des Vertrauens der Benutzer durch Bürokratieabbau,
- beim größeren Schutz vor Computerangriffen,
- bei der Speicherung öffentlicher Daten in europäischen Rechenzentren.

Bei den Akteuren der Demokratie (Verbände, lokale Behörden usw.) geht es darum, sie bei der Digitalisierung besser zu unterstützen, durch:

- öffentliches Handeln, das lokal gesteuert wird,
- Gespräche und eine Beteiligung der Bürger bei der Gestaltung der öffentlichen Politik,
- Förderung einer umweltverträglichen Digitalisierung,
- den Zugang zu öffentlichen Daten,
- mehr Transparenz, um die demokratische Debatte zu bereichern,
- die Entwicklung von kostenloser Software zur Stärkung der Souveränität.

Ein für die nächsten Tage angekündigtes Rundschreiben des Premierministers, Jean Castex, soll das Regierungshandeln in den Ministerien genauer darlegen und erklären.

Quelle: Französische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland via IDW

Redaktion: 11.03.2021 von Mirjam Buse, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: Frankreich

Themen: Information u. Kommunikation, Strategie und Rahmenbedingungen

[Zurück](#)

Weitere Informationen